

Unsere

FORDERUNGEN

zur Landtagswahl 2023



ARMUT BEKÄMPFEN, EINE INKLUSIVE GESELLSCHAFT STÄRKEN

Deshalb fordern wir die hessische Politik auf,

- einen ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Armut zu entwickeln und umzusetzen, um die dramatische Zunahme der Armut in Hessen zu stoppen.
- Energie- und Stromversorgungssperren bis auf Weiteres auszusetzen und einen Notfallfonds einzurichten.
- ein dynamisiertes Sozialbudget weiterzuführen.
- die Kommunalisierten Sozialen Hilfen zu erhöhen und zu dynamisieren.
- sich auf Bundesebene für das Kommunale Wahlrecht für drittstaatsangehörige Ausländer*innen einzusetzen.
- ein Landesförderprogramm zur Einrichtung von Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen und einen Landesfonds zur professionellen Sprachmittlung für alle Beratungsleistungen der Sozialgesetzbücher einzuführen.
- Rechtsextremismus und Rassismus zu bekämpfen und das Demokratiebewusstsein zu stärken, auch in den Behörden.
- die Repräsentanz aller gesellschaftlicher Gruppen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern.
- ein hessisches Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden.
- ehrenamtliches Engagement mit geeigneten Infrastrukturen zu unterstützen und so Verstärkung, nachhaltige Wirksamkeit und positive Haltung zum sozialen Engagement zu bewirken.
- die Partizipation von Menschen mit Behinderung in der Landespolitik zu stärken.
- eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung der gesetzlichen Betreuungsvereine durch das Land zu gewährleisten.





BILDUNG SICHERT DIE ZUKUNFT

Deshalb fordern wir die hessische Politik auf,

- die inklusive Bildung in Kindertageseinrichtungen und Schulen ohne Ressourcenvorbehalt und mit klarer Zuständigkeit umzusetzen.
- die sprachliche Bildung und Förderung im früh-kindlichen Bereich auskömmlich zu finanzieren.
- hochwertige Ganztagsangebote in allen Grundschulen unter Mitwirkung der Schüler*innen und der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe zu schaffen.
- flächendeckende Schulsozialarbeit an allen Schulformen durch ein hessisches Ausführungsgesetz unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu sichern.
- die rechtskreisübergreifende Förderung junger Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf durch aufsuchende Arbeit, außerbetriebliche Ausbildung und regelfinanzierte Produktionsschulen mit Hauptschulabschlussmöglichkeit auszubauen.
- Kinder- und Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser und Hilfen für junge Familien (Frühe Hilfen) auszubauen und nachhaltig zu finanzieren.



ARBEIT MUSS DIE EXISTENZ SICHERN

Deshalb fordern wir die hessische Politik auf,

- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soziale und ökologische Kriterien sowie Tariftreue als verbindliche Auswahlkriterien zu berücksichtigen.
- mit Landesprogrammen Beschäftigung für benachteiligte Menschen wie Wohnungslose, Haftentlassene oder Menschen mit Suchterkrankungen zu finanzieren.
- über ein begleitendes Landesprogramm zum Teilhabechancengesetz des Bundes Langzeitarbeitslose durch individuelles Coaching zu unterstützen.
- auf die Abschaffung aller Ausbildungs- und Arbeitsverbote für Asylbewerber*innen und geduldete Geflüchtete hinzuwirken.
- Anreize zu schaffen, damit Frauen ein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften können und Männer mehr Sorgearbeit übernehmen, indem geschlechtergerechte und familienorientierte Arbeitszeitmodelle gefördert werden.
- Familien mit kleinen Kindern, Alleinerziehende oder Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf zu entlasten, beispielsweise durch die landesweite Einführung von Gutscheinen für haushaltsnahe Dienstleistungen.





SOZIALE FACHKRÄFTE DRINGEND GESUCHT

Deshalb fordern wir die hessische Politik auf,

- die Ausbildungsvergütung zu erhöhen, Ausbildungsträger zu refinanzieren und den dualen Ausbildungszweig bei Sozial- und Erzieher*innenberufen auszubauen.
- die schulischen Berufsausbildungen im Erziehungs- und Sozialwesen den betrieblichen Berufsausbildungen durch eine Mindestausbildungsvergütung und rentenrechtliche Anerkennung gleichzustellen.
- das Schulgeld in allen privaten Schulen für Soziales, Erzieher*innen und Heilerzieher*innen abzuschaffen.
- Ausbildungs- und Studiengänge praxisorientiert weiterentwickeln und den Quereinstieg in soziale Berufe durch Landesprogramme zu fördern und zu erleichtern.
- den akuten Lehrkräftemangel in der generalistischen Pflegeausbildung durch eine Übergangslösung für Pflegeschulen zu überbrücken, bis ausreichend akademisch qualifizierte Ausbilder*innen zur Verfügung stehen.
- die Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und Studienabschlüsse in der sozialen Arbeit sowie im Pflege- und Gesundheitswesen zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- im Ausland erworbene, formal nicht anerkenneungsfähige (Vor-)Qualifikationen zu ermitteln und passgenaue Umschulungen und Weiterbildungen anzubieten.
- anerkannte berufliche (Weiter-)Bildungen zu „qualifizierten Hilfskräften“ für Quereinsteiger*innen und langjährig Beschäftigte in der Eingliederungshilfe zu ermöglichen.



WOHNEN IST EIN GRUNDRECHT

Deshalb fordern wir die hessische Politik auf,

- deutlich mehr Sozialwohnungen durch bessere Förderung für den Sozialen Wohnungsbau und Ankauf von Belegrechten zu schaffen.
- die Zahl der barrierefreien Wohnungen durch Veränderungen im hessischen Baurecht zu erhöhen.
- kommunale und landeseigene Wohnungsbau-gesellschaften als gemeinnützige Wohnungsbau-gesellschaften zu fördern.
- die Privatisierung landeseigener Immobilien und Grundstücke vollständig zu stoppen und stattdessen landeseigene und kommunale Zukäufe zu fördern.
- eine Leerstands- und Zweckentfremdungsverordnung einzuführen.
- ein Landesförderprogramm für soziale Wohnraumhilfen aufzulegen, um Menschen in besonderen Lebenslagen Wohnraum zu vermitteln.
- Wohnungslosigkeit durch vom Land finanzierte „Kommunale Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlusten“ entgegenzuwirken.
- ausreichend bezahlbare Wohnungen für Menschen nach stationären Aufenthalten bereitzuhalten.
- Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige verlässlich zu finanzieren und zu unterstützen.
- die Wohnsitzauflage für Geflüchtete zu streichen.





GESUNDHEIT IST EIN HOHES GUT

Deshalb fordern wir die hessische Politik auf,

- auf der Grundlage von Gesundheits- und Strukturdaten eine Versorgungsplanung zu erstellen und diese für die (Weiter-)Entwicklung von Angeboten in den Kommunen aufzubereiten.
- die Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete und einen anonymen Behandlungsschein einzuführen.
- Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung inklusive eines Behandlungsfonds zu finanzieren.
- Suchtberatungsstellen und Präventionsangebote in der Suchthilfe auskömmlich zu finanzieren. Dazu gehört perspektivisch auch das Drug-Checking.
- professionelle Sprachmittlung im Gesundheitswesen bis zur Einführung der Kostenübernahme im SGB V auf Bundesebene zu gewährleisten.
- den wohnortnahen Zugang zum Schwangerschaftsabbruch zu gewährleisten und Schwangerschaftsberatungsstellen finanziell abzusichern.
- die medizinische Versorgung schwangerer Frauen und ihrer Kinder hessenweit durch dezentrale Entbindungsstationen und ausreichend Hebammen sicherzustellen. Dazu gehören die bedarfsgerechte Erhöhung der Investitionskosten der Krankenhausfinanzierung und die Förderung von Hebammenausbildung und -studium.
- das niedrigschwellige Beratungsangebot der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen (PSKB) zu fördern.
- die Selbsthilfe im Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz finanziell zu sichern.



GEWALT MUSS BEKÄMPFT WERDEN

Deshalb fordern wir die hessische Politik auf,

- eine flächendeckende Infrastruktur an Beratungs- und Präventionsangeboten zum Kinderschutz aufzubauen.
- den Landesaktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt konsequent umzusetzen.
- die Istanbul-Konvention vollumfänglich umzusetzen, unter anderem mittels Einrichtung eines landesweiten Sonderfonds zur Deckung von Finanzierungslücken im Gewaltschutz-System.
- eine Landeskoordinierungsstelle der „Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend“ institutionell zu fördern und deren flächendeckenden Ausbau zu finanzieren.
- sich für eine einzelfallunabhängige, bedarfsgerechte gesetzliche Finanzierung von Frauenhäusern und anderen Schutzräumen für Frauen und Kinder einzusetzen.
- Interventionsstellen, Notrufe und weitere Angebote im Hilfesystem bei Gewalt finanziell auskömmlich auszustatten.
- verbindliche Mindest- und Gewaltschutzstandards für Flüchtlingsunterkünfte festzulegen.
- einen runden Tisch zur Prävention von Gewalt gegen ältere und pflegebedürftige Menschen einzurichten, an dem Vertreter*innen der Gesundheitsversorgung, Polizei und Justiz sowie Politik und Betroffene vertreten sind.





DIE ÖKOLOGISCHE WENDE SOZIAL GERECHT GESTALTEN

Deshalb fordern wir die hessische Politik auf,

- ein 365-Euro-Jahresticket für den öffentlichen Nahverkehr für alle und für Menschen mit geringem Einkommen ein 9-Euro-Monatticket einzuführen. Im ländlichen Raum muss Mobilität mit Elektrobussen garantiert werden.
- Energiespar-Beratungen für Bürger*innen mit auskömmlicher Bezuschussung energiesparender Elektrogeräte in den Kommunen zu etablieren.
- bei der Bebauung Natur und Umwelt zu schützen, Flächenversiegelung zu vermeiden und die Städte zu begrünen.
- Beratungsgutscheine für Menschen mit geringem Einkommen einzuführen, damit diese bei Mieterschutzvereinen Nebenkosten und (energetische) Modernisierungskostenumlagen überprüfen lassen können.
- gemeinnützige soziale Träger bei der energetischen Gebäudesanierung und der Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts, unter anderem mit Elektro-Fahrzeugen, zu beraten und zu fördern.
- in Unternehmen der Sozialwirtschaft den Aufbau von Konzepten für klimabedingte Krisen wie Hitze, Trockenheit oder Starkregen zu unterstützen und voranzutreiben.
- den Mitarbeitenden der Wohlfahrtspflege in Hessen analog zu den Bediensteten des Landes Hessen ein Jobticket zu ermöglichen.



DIGITALISIERUNG FÜR ALLE

Deshalb fordern wir die hessische Politik auf,

- soziale Organisationen bei der Anschaffung der Hard- und Software sowie der Fortbildung der Mitarbeitenden im digitalen Bereich finanziell zu unterstützen oder sicherzustellen, dass diese Kosten in Leistungs- und Zuwendungsvereinbarungen refinanziert werden.
- Personal- und Sachkosten für eine altersgerechte Medienbildung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Schulen zu finanzieren.
- analoge, barrierefreie sowie mehrsprachige Zugänge zu Verwaltungsdienstleistungen sicherzustellen, da nicht alle Menschen elektronische Wege nutzen können.
- niedrigschwellige digitale Zentren einzurichten, die Bürger*innen kostenlosen Zugang zu Computern, Druckern und WLAN sowie eine Beratung und Unterstützung bei der Nutzung der digitalen Infrastruktur bieten.
- die Meldeplattformen „Hessen gegen Hetze“ des Landes mehrsprachig und barrierefrei allen zugänglich zu machen.

Der Paritätische Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Sozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Flüchtlings- und Migrationsarbeit, Suchthilfe und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 80.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiter*innen sind in den Einrichtungen tätig.

Der Paritätische Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit, fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

Kontakt Annette Wippermann, Referentin für Grundsatzfragen annette.wippermann@paritaet-hessen.org, Telefon 069 955262-29
Barbara Helfrich, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit barbara.helfrich@paritaet-hessen.org, Telefon 069 955262-43

www.paritaet.hessen.org

